



Newsletter *Gesundheit und Soziales*, 26/2011 vom 11.11.2011

Aus der Bürgerschaft

Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der Umstände der Infektionswelle und der Todesfälle von frühgeborenen Kindern in der neonatologischen Intensivstation im Klinikum Bremen-Mitte – dazu Sondersitzung der Bürgerschaft am 18. November geplant

Aktuelle Stunde zum Tod Aktuelle Stunde zu den Todesfällen in der Frühchen-Station des Krankenhauses Bremen-Mitte

Die Arbeit am Patienten ist und bleibt die Hauptaufgabe der Kliniken – Debatte um die Große Anfrage der CDU zur Sanierung des Klinikums Bremen-Mitte

'Experten aus Erfahrung' für psychisch Kranke einsetzen

Hilfesystem bei häuslicher und sexualisierter Gewalt prüfen

Veranstaltungshinweis: „Online ohne Grenzen – wenn Computer und Internet abhängig machen“ mit P.D. Dr. Bert te Wildt aus Hannover am 17.11. um 19.30 Uhr im Café Ambiente

Aus dem Bundestag

Kommunalfinzen absichern – ohne Sozialabbau

Barrierefreies Wohnen

Keiminfection am Klinikum Mitte: Grüne unterstützen Einsetzung eines Untersuchungsausschusses

Der lebensgefährliche Keim, an dem in der Frühgeborenen-Station im Klinikum Bremen-Mitte mindestens drei Frühchen gestorben sind, ist schon vor einem halben Jahr festgestellt worden. Darüber informierte gestern Gesundheitsministerin Renate Jürgens-Pieper die Fraktionen der Bürgerschaft. Es ist inzwischen offensichtlich, dass der Informationspflicht gegenüber der Behörde nicht oder zumindest nicht

www.gruene-fraktion-bremen.de

rechtzeitig nachgekommen wurde. Durch die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses möchten alle Fraktionen nun die Umstände der Infektionswelle mit dem vor allem für immungeschwächte Frühgeborene lebensgefährlichen Darmkeim aufklären. Die Bürgerschaft will die Einsetzung des Untersuchungsausschusses im Rahmen einer Sondersitzung voraussichtlich am 18. November beschließen.

Dazu erklärt Fraktionsvorsitzender Matthias Güldner: „Die Grünen werden aktiv im Untersuchungsausschuss mitarbeiten. Die erst heute bekannt gewordene Information, dass es bereits im Frühjahr eine erste Infektionswelle mit Klebsiellen auf der Frühchen-Station gab, wirft weitere Fragen auf. Unser Interesse ist die vollständige Aufklärung dieser schwer wiegenden Vorgänge im Klinikum Mitte. Das sind wir den Kindern, Eltern und allen anderen Betroffenen schuldig.“

http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dok/396/396220.keiminfection_am_klinikum_mitte_gruene_u.html

Bereits am Dienstag wurden die Todesfälle auf der Frühchenstation in einer Aktuellen Stunde debattiert, die wir gemeinsam mit der SPD eingebracht hatten.

„Die Sprachlosigkeit entwickelte sich zu Fragen“ Aktuelle Stunde zu den Todesfällen in der Frühchen-Station des Krankenhauses Bremen-Mitte

Die Bürgerschaft sprach den Eltern der in den vergangenen Monaten verstorbenen Kinder ihr Mitgefühl und Beileid aus.

Erst vor einer Woche war bekannt geworden, dass in der Frühchenstation (Neonatologie) des Krankenhauses Bremen-Mitte in den Monaten August und Oktober drei Frühchen den Befall mit Keimen (Klebsiellen) nicht überlebt haben. Weitere 15 Kinder waren über die Zeit infiziert worden, sieben erkrankt, aber gegenwärtig sind alle infizierten Kinder stabil. Das Robert-Koch-Institut, zentrale Einrichtung des Bundes für Krankheitsüberwachung und -prävention, wurde umgehend eingeschaltet, um den Ursachen für den Keimbefall zu ermitteln. Zugleich wurde die Frühchen-Station geräumt, um sie komplett zu desinfizieren. Ob die Ursache gefunden wird, ist noch offen, aber für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN ist das absolut Entscheidende jetzt, Neu-Infektionen zu verhindern. Kirsten Kappert-Gonther, grüne Gesundheitspolitikerin: „Genau wie später alle Abgeordneten der Gesundheitsdeputation, die an diesem Tag informiert wurden, war ich tief betroffen und zunächst im Angesicht der Unfassbarkeit des Todes und der Trauer der Angehörigen fast sprachlos. Das Unfassbare des Todes bleibt, aber die Sprachlosigkeit entwickelte sich zu Fragen.“

Hier geht es zur vollständigen Rede: http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dok/395/395887.aktuelle_stunde_am_7_11_11_krankenhaus_ke.html

Die Arbeit am Patienten ist und bleibt die Hauptaufgabe der Kliniken

Auch die zweite Debatte in der Sitzung der Stadtbürgerschaft befasste sich mit dem Klinikum Bremen-Mitte, und zwar aufgrund einer Großen Anfrage der CDU-Fraktion zur Finanzierung des Teilersatzneubaus des KBM.

Kirsten Kappert-Gonther betonte in dem Zusammenhang, dass der Erhalt unserer vier Kliniken in kommunaler Trägerschaft wichtig sei für eine verlässliche und hochwertige medizinische Versorgung aller Bremerinnen und Bremer und der Menschen aus dem Umland. Die kommunalen Kliniken sicherten – als Krankenhäuser der Maximalversorgung – die Behandlung gerade auch der chronisch und Schwerstkranken, und sie sichern die Arbeitsplätze für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Um diese Verlässlichkeit aufrecht zu erhalten, müssten die Kliniken der Gesundheit Nord auf sichere Füße gestellt werden: „Dafür brauchen wir die Solidarität aller Beteiligten!“ Kritisch sieht Kappert-Gonther den Verlauf der Einsparungen im Personalbereich, die bislang in der Hauptsache im Pflegebereich umgesetzt wurden und die Einsparpotenziale in patientenfernen Bereichen noch nicht ausreichend genutzt wurden. „Für uns ist klar: die Arbeit am Patienten ist und bleibt die Hauptaufgabe der Kliniken! Der patientennahe Bereich muss gut ausgestattet bleiben. Hier kann nicht weiter gespart werden!“ Eine wichtige Frage, die für Kappert-Gonther nach der Antwort des Senats noch offen geblieben ist, sind die Auswirkungen der verzögerten Fertigstellung des Teilersatzneubaus auf den Sanierungskurs.

'Experten aus Erfahrung' für psychisch Kranke einsetzen

Zum Abschluss der ‚Woche der seelischen Gesundheit‘ haben die Grünen gefordert, wie in Bremerhaven künftig auch in Bremen sogenannte ‚Experten aus Erfahrung‘ bei der Behandlung psychisch Kranker einzusetzen. Menschen, die schon einmal in der Psychiatrie behandelt wurden, werden durch spezielle Fortbildungen befähigt, psychisch Kranke in akuten oder chronischen Phasen ihrer Erkrankung zu begleiten und zur Gesundung oder zum besseren Umgang mit der Erkrankung beizutragen. Dazu erklärt die gesundheitspolitische Sprecherin Kirsten Kappert-Gonther: „Der Einsatz von Experten aus Erfahrung ist eine sinnvolle und notwendige Bereicherung des therapeutischen Angebotes.“

Den vollständigen Wortlaut der Presseerklärung finden Sie hier:

http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dok/393/393377.experten_aus_erfahrung_fuer_psychisch_kr@de.html

Hilfesystem bei häuslicher und sexualisierter Gewalt prüfen

Bremen und Bremerhaven verfügen über vielfältige staatliche und nichtstaatliche Angebote für Hilfen und Betreuung von Frauen und Kindern, die von häuslicher und/oder sexualisierter Gewalt betroffen sind. Die benötigte Hilfe und Unterstützung ist oft vielschichtig und umfassend und erfordert viel Erfahrung, Expertise und Zeit. Es muss untersucht werden, ob die Angebote wirklich alle Hilfe suchenden Frauen in Bremen und Bremerhaven erreichen und ob Frauen ihren Bedürfnissen entsprechend immer das Angebot finden, das sie in ihrer spezifischen Situation benötigen. Darüber hinaus ist unklar, ob die Angebote so ausgestattet sind, dass betroffenen Frauen diese Hilfe auch zeitnah und verlässlich zur Verfügung steht. Schließlich gilt es zu prüfen, ob die finanzielle Ausstattung der Hilfeeinrichtungen angesichts der gleichbleibenden Anzahl der von häuslicher Gewalt betroffenen Frauen ihren Aufgaben auch tatsächlich (noch) entspricht.

Der Senat wird in der kommenden Woche den fünften Bericht der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe "Häusliche Beziehungsgewalt" veröffentlichen. Ein heute beschlossener, interfraktioneller Antrag fordert vom Senat die oben beschriebenen Prüfungen unter Einbeziehung der Ergebnisse seines Berichts.

Doris Hoch, frauenpolitische Sprecherin der Fraktion, ging auf die Bedeutung der Frauenhäuser ein, machte aber deutlich, dass es nicht nur um Frauenhäuser geht, sondern um ein umfassendes Hilfesystem: "Der Staat hat hier einen Schutzauftrag. Seine Aufgabe ist es, Gewalt gegen Frauen und Kinder zu verhindern, ihr vorzubeugen und für Schutz und Hilfe zu sorgen. Folglich ist ein niedrighschwelliger Zugang für alle von Gewalt betroffenen Frauen zum gesamten Hilfesystem angezeigt." Sie forderte in der Debatte einen einheitlichen Rechtsrahmen für Leistungen an von Gewalt betroffenen Frauen und Kinder ein: "Es gibt zum Beispiel ein Problem bei der Finanzierung der Frauenhäuser. In den Bundesländern haben sich verschiedene Finanzierungsstrukturen entwickelt: die Zuwendungsfinanzierung wie etwa in Berlin, Hamburg und Schleswig-Holstein oder die Tagessatzfinanzierung wie hier in Bremen. Das Problem dabei ist: beide Formen sind nicht kompatibel."

Hier geht es zum Antrag: http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dokbin/395/395962.antrag_hilfesystem_fuer_von_haeuslicher_.pdf

Am 17.11. laden wir Sie herzlich ein zu unserer Veranstaltung „Online ohne Grenzen – wenn Computer und Internet abhängig machen“ mit P.D. Dr. Bert te Wildt aus Hannover. 19.30, Café Ambiente, Osterdeich 69. Ausführliche Infos finden Sie hier: http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dok/393/393091.online_ohne_grenzen_wenn_computer_und_in.html

Aus dem Bundestag

Kommunalfinzen absichern - ohne Sozialabbau

Nach Ansicht der grünen Bundestagsfraktion hat die Bundesregierung es versäumt, mit der Gemeindefinanzkommission die Finanzen der Kommunen auf eine solide Basis zu stellen. Sie fordert deshalb mit einem Bundestagsantrag eine Entlastung der Kommunen ohne den Sozialabbau voranzutreiben.

Den Antrag in vollem Wortlaut finden Sie hier:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/071/1707189.pdf>

Barrierefreies Wohnen

Trotz des steigenden Bedarfs an barrierefreien bzw. barrierereduzierten Wohnungen wickelt die Bundesregierung das KfW-Programm "Altersgerecht Umbauen" ab. Die grüne Bundestagsfraktion hat deshalb einen Antrag an den Bundestag gerichtet, damit mit einem zielgruppengerechten Mix aus Information, Aus- und Weiterbildung, sowie staatlicher Förderung Synergieeffekte genutzt werden können. So sollen die notwendigen Konsequenzen aus dem demographischen Wandel auf den Gebäudebestand gezogen werden.

Den Antrag der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN finden Sie hier:

http://www.gruene-videos.de/repository/initiativen/F291-11_Antrag_Barrierefreies_Wohnen.pdf

Sonstiges

Weihnachtsgeschichte in Leichter Sprache

Eine der berühmtesten biblischen Geschichten der Welt gibt es jetzt auch in Leichter Sprache. Das Büro für Leichte Sprache der Lebenshilfe Bremen hat die Weihnachtsgeschichte in Leichte Sprache übersetzt. Die Weihnachtsgeschichte kann ab sofort bestellt werden.

Hier finden Sie nähere Informationen: http://www.lebenshilfe-bremen.de/html/content.php?mainID=3&subID=23&subsubID=33&font_size=80&easy=0

Ansprechbar für Nachfragen:



Doris Hoch, gesundheitspolitische Sprecherin (Land)
doris.hoch@gruene-bremerhaven.de
(Tel.: 0421/3011-210/248)



Kirsten Kappert-Gonther, gesundheitspolitische Sprecherin (Stadt)
Kirsten.Kappert-Gonther@gruene-bremen.de
(Tel.:0421-3011-165)



Susanne Wendland, sozialpolitische Sprecherin
Susanne.Wendland@gruene-bremen.de
(Tel.:0421/3011-171)



Dirk Schmidtman, alten- und pflegepolitischer sowie behindertenpolitischer Sprecher
Dirk.Schmidtman@gruene-bremen.de
(Tel.: 0421/3011-233)



Janne Müller, Referentin für Soziales, Justiz, Alten- u. Behindertenpolitik u. Beiräte
Janne.Mueller@gruene-bremen.de
(Tel.: 0421/3011-241)



Andrea Quick, Referentin für Gesundheit, Frauen, Arbeit und Tierschutz
Andrea.Quick@gruene-bremen.de
(Tel.: 0421/3011-252)

Für Inhalte externer Links und Publikationen übernimmt die Bürgerschaftsfraktion von *Bündnis 90/DIE GRÜNEN* keine Haftung.